

Rede von Markus Altmann zur 2. Nachtragshaushaltssatzung 2023

Ein erneuter Nachtragshaushalt 2023 ist besorgniserregend. Offenbar kann Bürgermeisterin Saß die von den Stadtverordneten beschlossenen Projekte weder im Kostenrahmen noch im Zeitrahmen umsetzen. Wir sehen Kostensteigerungen bei den Schulbauten um ein Vielfaches der ursprünglich beschlossenen Bausummen. Aus ursprünglich rund 10 Millionen € für EHG und KHG werden heute knapp 30 Millionen € erwartet. Schulprojekte werden Jahre später gebaut als dringend benötigt oder sie werden erst gar nicht in Angriff genommen, trotz Beschluss der Stadtverordneten auf sofortige Umsetzung. So in Glindow. Sämtliche Schulen platzen seit Jahren aus allen Nähten. Zudem sehen wir ein finanziell aus dem Ruder gelaufenes Baublütenfest und eine Bürgermeisterin, die betont, sie sei dafür nicht zuständig. Aus dem Fiasko mit der Therme, die ebenfalls unter Federführung von Fr. Bürgermeisterin Saß gut 2 ½ mal so viel gekostet hat, wie von den Stadtverordneten ursprünglich beschlossen, hat Fr. Saß offenbar nichts gelernt.

Jetzt will die Bürgermeisterin mit weiteren Streichungen und Krediten via zweiten Nachtragshaushalt Finanzlöcher stopfen. Das erweckt bei den Bürger*innen den völlig falschen Eindruck, die Stadt leide unter zu geringen Einnahmen oder umgekehrt unter zu hohen Pflichten. Das Gegenteil trifft zu. Die Steuereinnahmen steigen, wie die Anzahl der Einwohner*innen auch. Aber die Aufgaben, die eigentlich im Gleichschritt mit einer wachsenden Stadt verbunden sind, erledigt Fr. Bürgermeisterin nur zögerlich. Das rügen seit Jahren die Prüfungsberichte der Jahresabschlüsse. Stichwort Investitionsstau. So entsteht ein Berg von ungenutztem Geld (genannt Überschussrücklagen) in Höhe von inzwischen fast 50 Millionen €. Und auf der anderen Seite entsteht ein Loch im laufenden Haushalt, weil Projekte durch Zaudern und Zögern immer teurer werden oder ein versagendes Management beim Baublütenfest jeglichen Kostenüberblick verloren hat.

Es ist wichtig zu betonen, dass die ständig wiederkehrende Schutzbehauptung der Bürgermeisterin, sie setze lediglich die Beschlüsse der Stadtverordneten um, keineswegs der Realität entspricht.

Ein Beispiel dafür ist der Beschluss der Stadtverordneten aus 2019 zur unverzüglichen Ertüchtigung der Grundschule Glindow. Bis heute ist hier kaum etwas zu sehen.

Über 6 Jahre dauerte es zwischen dem Beschluss der Stadtverordneten 2016 und der Grundsteinlegung am Ernst-Häckel-Gymnasium 2023. 6 Jahre, in denen Baupreise stiegen und die Schüler*innen und Lehrer*innen nur unter stark erschwerten Bedingungen den schulischen Alltag meistern konnten.

In Bezug auf die Karl-Hagmeister-Grundschule ist es inakzeptabel, starr an einer Bauweise festzuhalten, die sich im Vergleich zu anderen um mehr als das Doppelte verteuert hat.

Während die Stadtverwaltung und die Mehrheit der SVV die Vorschläge zur Errichtung einer weiteren Schule immer wieder abgelehnt haben, hat die Hoffbauer Stiftung mit Unterstützung ein Gelände entwickelt, beplant, Gelder besorgt und...wie man lesen konnte ... im erwarteten Kostenrahmen gebaut. Dank der falschen Beschlüsse in diesem Haus flickschustern wir an zwei, bald drei Schulen herum, machen zumindest die Hagemeisterschule weniger attraktiv und überziehen dabei noch die Kosten um ein Mehrfaches.

Nicht unerwähnt darf hier die Therme bleiben. Die hohen Kosten der Therme waren von den Stadtverordneten gebilligt worden mit dem heiligen Versprechen, die Stadt sei danach von jeglichen weiteren Kosten befreit. Auch dieses Versprechen löst die Bürgermeisterin Jahr für Jahr nicht ein.

Diese wenigen Beispiele verdeutlichen, dass die Bürgermeisterin nicht nur die Aufträge der Stadtverordneten nicht wie beschlossen umsetzt, sondern durch Verzögerungen eine erhebliche Verantwortung für die stark gestiegenen Kosten dieser Projekte trägt. Die hohen Kosten für die Schulen sind allerdings kein Ausweis der Fürsorglichkeit im Schulbereich, wie Fr. Saß das gerne sehen will, sondern ein hausgemachtes Kosten-Desaster. Wir sehen die Notwendigkeit einer gründlichen Verbesserung der Finanz- und Projektmanagement Praktiken in der Stadtverwaltung.

Meine Damen und Herren, werte Kollegen Stadtverordnete: In unserer Stadt haben wir seit Jahren quasi Vollbeschäftigung und damit verbundene satte Steuereinnahmen. Nicht zu vergessen ist die weitere Erhöhung der Grundsteuer zu Beginn dieses Jahres. Wir sind nicht arm, wie uns Bürgermeisterin Saß allenthalben glauben machen will. Steuereinnahmen sollen und müssen steuern. Das heißt, öffentliche Aufgaben sind damit zu erfüllen, aber keinesfalls sind diese Steuergelder auf Konten zu horten. Anders als von der Bürgermeisterin behauptet, sind nicht andere Schuld an den unerfüllten Projekten oder Kostensteigerungen. Sie, Fr. Bürgermeisterin Saß, haben sich selbst für alle Großprojekte verantwortlich gemacht. Nicht zuletzt daher sehen wir sie in allererster Pflicht, endlich tätig zu werden statt zu verzögern. Wir beanstanden, dass aufgrund dieser Misswirtschaft zahlreiche wichtige Projekte unserer Stadt unerfüllt bleiben und jetzt auch noch die wenigen sozialen Unterstützungen zusammengestrichen werden.

Wir lehnen diesen Umgang mit Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger ab - und deshalb lehnen wir auch diesen Nachtrag ab.